

*Antwort von Bündnis 90/Die Grünen auf die Fragen der Landesapothekerkammer Brandenburg zur Landtagswahl 2014*

*Implementierung eines Studiengangs Pharmazie an der Universität Potsdam*

Wir als Bündnis 90/Die Grünen sehen in der Sicherung des Apotheker-Nachwuchses eine wichtige Aufgabe für die Gesundheitsversorgung in Brandenburg. Die Frage der Landesapothekerkammer, wie zukünftig sichergestellt werden kann, dass die Ausbildungszahlen der Pharmazeuten ausreichen, um den Bedarf der nächsten Jahre zu decken, ist berechtigt. Auch wenn Brandenburg das einzige neue Bundesland ist, indem sich keine eigene Ausbildungseinrichtung für Apotheker befindet, hat die Frage nach der Einrichtung eines eigenen Studiengangs für Pharmazie an der Universität Potsdam für uns momentan aus folgenden Gründen keine Priorität:

- Wir betrachten die Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg als gemeinsame Hochschullandschaft. Entsprechend wurde Sie Anfang der 90er Jahre auch konzipiert. Ein Ziel war und ist es dabei, komplementäre fachliche Profile der Hochschulen in Berlin und Brandenburg zu entwickeln, um Doppelangebote zu vermeiden. So befindet sich in unserer Region an der Freien Universität Berlin ein Institut für Pharmazie.
- Die Aufgabe der Profilbildung in Forschung und Lehre liegt zudem aus unserer Sicht in erster Linie bei den Hochschulen im Rahmen ihrer Autonomie und der Freiheit der Wissenschaft.
- Weder im aktuellen Hochschulentwicklungsplan des Landes Brandenburg 2025 noch im aktuellen Hochschulvertrag zwischen dem Land und der Universität Potsdam wird die Einrichtung eines Fachbereichs Pharmazie empfohlen oder als Vorhaben benannt.

Politische Priorität hat für uns, insgesamt die Rahmenbedingungen für Forschung und Lehre in Brandenburg zu verbessern. Brandenburg ist im bundesweiten Vergleich Schlusslicht in der Finanzierung seiner Hochschulen. Rot-Rot hat in der vergangenen Wahlperiode den Hochschuletat um insgesamt 46 Mio. Euro gekürzt, durch den Griff in die Hochschulrücklagen, 10 Mio. im Jahr 2011, und die seit 2012 wirksame globale Minderausgabe in Höhe von 12 Mio. €. Das wollen wir ändern und fordern deshalb auch, dass die durch das Bildungspaket des Bundes in Brandenburg frei werdenden Landesmittel für eine höhere Grundfinanzierung der Brandenburger Hochschulen verwendet werden.